Der Schuhmacher

Nürnberg, Dienstag, den 14. Juli 1931

Erscheint wöchentlich am Dienstag

Postsendungen sind zu richten an: „Der Schuhmacher" Nürnberg 4, Abholfach

Nr. 29
45. Jahrgang

Vierteljahresabonnement 1,50 RM. Für Nichtmitglieder nur Postbezug. — Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile (Nichtberufliches ausgeschlossen) 2,40 RM. Stellenvermittlungsanzeigen die Hälfte. Redaktionsschluß: Sonntag. Fernsprechnummer der Redaktion: Nürnberg 24403. — Anzeigenannahme und Redaktion Nürnberg 4 (Postfach). — Versandstelle: Essenweinstraße 1. — Einzelnummer: 15 Rpf. Zahlungen für Inserate usw. Postscheckkonto Nürnberg 23989. Expedition „Der Schuhmacher" Nürnberg

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher, Sitz Nürnberg

Zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher, Sitz Hamburg 6

1041

Die Verbandsbilanz des Jahres 1930

Das Jahrbuch unseres Verbandes für 1930, das soeben erschienen ist, unterrichtet eingehend über den Stand der Schuhindustrie und des Schuhmacherhandwerks. Nicht nur in den fabrikmäßigen Betrieben, auch im Handwerk blieb in dem Berichtsjahre die Lage der Arbeiterschaft eine recht traurige.

Monatelang lag ein erheblicher Teil der Fabrikbetriebe vollständig still. Eine ganze Reihe alte, für gut fundiert gehaltene Betriebe sind völlig zum Erliegen gekommen. Der größere Teil der Schuhfabrikbetriebe war nur durch Kurzarbeit, und zwar durch Arbeitsbeschränkungen ganz bedeutender Art aufrechtzuerhalten.

Die **Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit** ist eine furchtbare Geißel, unter welcher die gesamte Schuharbeiterschaft außerordentlich leidet. Im Jahresdurchschnitt berechnet, waren von den Verbandsmitgliedern völlig arbeitslos 24 v. H. gegenüber 19,4 v. H. im vorhergehenden Jahr; unter Kurzarbeit standen im Durchschnitt der Monatszählungen 39,5 v. H. der Mitglieder. Im Vorjahre hatte diese Durchschnittszahl nur 29 v. H. betragen. Aus den monatlichen Zählungen berechnet waren im Jahresdurchschnitt 16097 Verbandsmitglieder völlig arbeitslos. Die Produktionskapazität der Schuhfabriken war nur zu 60,2 Prozent ausgenutzt gegenüber 69,2 im Vorjahre. Nie zuvor ist ein so schlechter Geschäftsgang erlebt worden.

Aussicht auf Besserung wird erst wieder vorhanden sein, wenn es gelingt, das Gesamtwirtschaftsleben in Gang zu bringen und die Kaufkraft der Arbeiterschaft so gestaltet wird, daß sie auch als Verbraucher auf dem Markte erscheinen kann.

Seit Jahr und Tag hat die Gewerkschaftsbewegung Wind und Wetter im Gesicht. Fast jede proletarische Familie hat ein oder mehrere Angehörige in dem Heer der Kurzarbeiter oder der Arbeitslosen. Kein Wunder, daß das Unternehmertum die beispiellose wirtschaftliche Trostlosigkeit auszunutzen versuchte, um den Stand der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bedrängen. Die **Abwehrkraft auch unserer Organisation** wurde auf eine harte Probe gestellt. Doch, muß man sagen, ihre Festigkeit hat sich bewährt. Noch im Herbst 1929 war es gelungen, einen Schiedsspruch zu erreichen, der die Erhöhung des Tarifecklohnes (nach welchem sich die übrigen Löhne richten) von bisher 87 auf 95 Pfg. pro Stunde vorsah. Infolge eines Formfehlers — versehentlich war der Verband der Holzschuh- und Holzpantoffelfabrikanten nicht genannt — erhielt aber dieser Schiedsspruch keine Gültigkeit. Im Nachverfahren kam dann ein Schiedsspruch zustande, der die 8 Pfg. Lohnzulage teilte. Demzufolge wurde der Stundenlohn ab 2. Dezember 1929 nur um 5 Pfg. erhöht. Die weitere Tarifzulage von 3 Pfennig trat erst ab 31. März 1930 in Kraft.

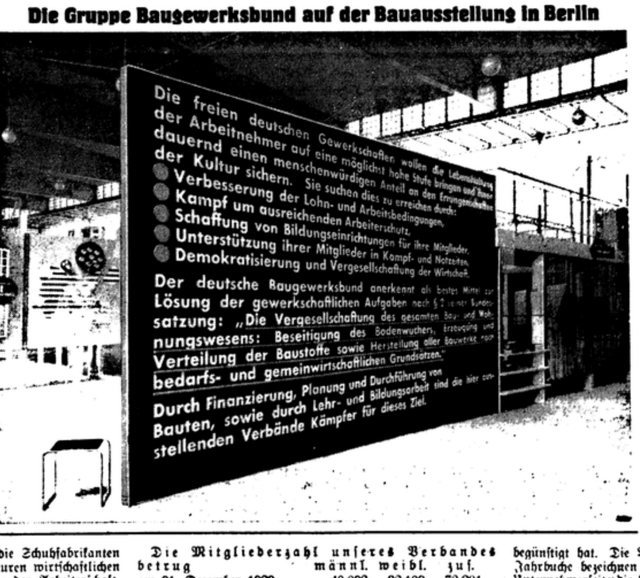
Das war bereits kurz vor dem Zeitpunkt, wo die von dem Unternehmertum geschürte wahnwitzige Lohnsenkungspsychose einsetzte. Es hat aller Anstrengungen bedurft, in den Frühjahrsverhandlungen 1931 die **unerhörten Anschläge der Unternehmer auf den Reichstarif** zurückzuschlagen. Nicht zuletzt der Tatsache, daß sich die Organisation zahlenmäßig und stimmungsmäßig gut gehalten hat, ist es zu danken gewesen, daß der Lohnraub nicht, wie in einer Reihe anderer Berufe noch schlimmere Formen angenommen hat. Das Ergebnis auch jeder Verhandlung ist eben davon abhängig, mit welchen Kräften man dabei aufzuwarten vermag. Auch die Schuhfabrikanten fühlten wohl selbst, daß trotz der ungeheuren wirtschaftlichen Not und trotz der seelischen Zermürbung der Arbeiterschaft, diese bei einem ihr aufgezwungenen Kampfe doch immerhin noch über einige Aktivposten verfügt haben würde. Einzelne wenigstens dürften das Gefühl gehabt haben, daß die Arbeiterseite trotz der Krise auch noch Macht- und Druckmittel zur Verfügung hat. Den für den Schlichtungsweg verantwortlichen Stellen hat jedenfalls in überzeugender Weise nachgewiesen werden können, daß die Schuharbeiterschaft einfach nicht alles über sich ergehen lassen kann.

Unter dem Druck der miserablen Geschäftslage, verbunden mit Stillegungen, Konkursen und Zusammenbrüchen, ist es allerdings nicht gelungen, die Lohnabbauabsichten aus dem Felde zu schlagen. **Im Wege des Schiedsspruchs,** sozusagen auf höheren Zwang, wurde im Frühjahr 1931 den Schuharbeitern ein Lohnabzug von 5 Pfennig pro Stunde aufgehalst. Immerhin, so wie die Industriellen es sich träumen ließen, ist es doch nicht gekommen. Dem energischen Eintreten der Arbeiterorganisation ist es doch gelungen, die frivolen und anmaßenden Verschlechterungsabsichten, die von Unternehmerseite gegen den Manteltarif gerichtet waren, und die sie mit zäher Verbissenheit durchzusetzen gedachten, zurückzuschlagen.

Ohne den Kraftfaktor der Organisation wäre das unmöglich gewesen. Es ist ein erhebendes Zeichen für die gewerkschaftliche Durchschulung unserer Mitglieder, daß trotz der vorhandenen beispiellosen wirtschaftlichen Trostlosigkeit die Belegschaften gerüstet dastanden für einen eventuellen Kampf. Die Organisation hat in diesen Tarifkämpfen ihre Wetterfestigkeit bewiesen.

Die **Mitgliederentwicklung** des Verbandes wurde allerdings durch die Abstoßung großer Arbeitermassen aus der Produktion beeinflußt. Der Verband verfügt über einen großen Stamm von Mitgliedern, deren Treue zur Organisation unerschütterlich ist. Aber infolge der fürchterlichen Arbeitslosigkeit, die in zahlreichen Fällen sich nun auf Jahre erstreckt, ergab die Bereinigung der Mitgliederlisten doch manchen Mitgliederverlust. Viele der langfristig Arbeitslosen sind auch aus dem Berufe hinausgeschleudert worden. Aber die Verminderung der Arbeitsplätze ist es nicht allein. Es kommt das skrupellose kapitalistische Bestreben hinzu, bei Neueinstellungen wie auch Wiedereinstellungen jeweils möglichst junge Arbeitskräfte zu bevorzugen. So mancher Arbeiter, noch in den besten Jahren stehend, wurde ausgeschifft.

Die Gruppe Baugewerksbund auf der Bauausstellung in Berlin



Die Mitgliederzahl unseres Verbandes betrug

	männl.	weibl.	zus.
am 31. Dezember 1929	40 092	32 109	72 201
am 31. März 1930	39 115	31 360	70 475
am 30. Juni 1930	38 449	30 616	69 065
am 30. September 1930	37 663	29 745	67 408
am 31. Dezember 1930	36 792	29 110	65 902

Die Verbandsmitglieder haben mit Eifer daran gearbeitet, die Organisation auf der Höhe zu halten. Durch rührige **Werbearbeit** ist es gelungen, im Verlaufe des Jahres dem Verbande 7857 **neue Mitglieder** zuzuführen. **Es gibt nichts Bedeutsameres als diese Werbetätigkeit,** damit sich die Organisation ihre Aktivkraft bewahrt. Der Verband braucht das Lehrmädchen wie die junge Arbeiterin, den Lehrling wie den jüngsten Hilfsarbeiter, und zwar nicht nur deshalb, weil der ganze Betrieb eine organisierte kompakte Masse bilden muß, sondern auch aus allgemeinen organisationspolitischen Gründen. Der Lehrling von gestern wird bald zum Vollarbeiter, die junge Arbeiterin wächst schnell zur erwachsenen Arbeiterin heran. Schon das morgen verlangt von ihnen, daß sie standfeste Kämpfer sind. Aus diesem Grunde erscheint es erforderlich, auch die jüngsten Jugendlichen beizeiten dem Verband zuzuführen, so daß sie frühzeitig die Ideenwelt des sozialen Kampfes kennenlernen und damit beizeiten eine Schulung für den Gewerkschaftskampf genießen.

Die **Entwicklung der Finanzen** des Verbandes im Berichtsjahr 1930 ist den Umständen entsprechend nicht ungünstig zu nennen trotz der hohen Unterstützungsaufwendungen, die angesichts der schlechten Arbeitsmarktlage erforderlich sind.

Das **Vermögen des Verbandes** konnte im Jahre 1930 sogar um 525323 Mark gesteigert werden, was zum Teil auch in der Ansammlung eines Fonds für die Invalidenversicherung begründet ist.

Die **Einnahmen der Hauptkasse** im Jahre 1930 setzen sich zusammen:

Eintrittsgelder	4 930,90 Mk.
Mitgliederbeiträge	2 091 848,80 Mk.
Zinsen	235 582,86 Mk.
Zurückbezahlte Zuschüsse von Zahlstellen	163 552,70 Mk.
Nothilfebeiträge von den Angestellten	1 621,72 Mk.
Sonstige Einnahmen	6 512,46 Mk.
	2 504 049,44 Mk.

Von den Gesamtausgaben, die einschließlich der Prozentanteile der Zahlstellen mit 2 006 114,14 Mark zu Buche stehen, entfällt der Hauptteil mit 923 240,22 Mark auf Unterstützungen. 321 272,61 Mark verblieben den Zahlstellen als Prozente. Von den Hauptunterstützungszweigen erforderte die

Arbeitslosenunterstützung	406 035 M.
Krankenunterstützung	238 631 M.
Invalidenunterstützung	54 387 M.

Die Zahl der Invalidenunterstützungsempfänger belief sich im Verlauf der letzten beiden Jahre auf 610, von denen 46 durch Tod abgingen, so daß am Jahresende noch 564 Mitglieder im Genuß der Unterstützung waren. Die Unterstützungseinrichtungen und ihr Verhältnis zu der Finanzgebarung des Verbandes sollen in einem weiteren Artikel näher beleuchtet werden.

Für die Verbandszeitung betrugen die Ausgaben 119005,98 Mark, für Agitation 7636,95 Mark, für Gehälter der Vorstandsmitglieder 36000 Mark, Gehälter der Bezirksleiter 59325 Mark, für Beiratssitzungen 6858,60 Mark, für Bildungszwecke 17232,18 Mark.

Die **Ausgabe für Streiks** steht mit 58899,60 Mark zu Buch, die für Unterstützung an Gemaßregelte mit 2941,35 Mark.

Die **Streikstatistik** des Jahrbuches verzeichnet acht Angriffsbewegungen und fünf Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung, 4 Angriffsstreiks mit 160 Beteiligten, 5 Abwehrstreiks mit 1675 Beteiligten und 6 Aussperrungen mit 3054 Beteiligten. Das tarif- und lohnpolitische Wirken der Gewerkschaft war demnach in der Hauptsache auf Abwehr eingestellt. Die „Lohnregulierungsmanie", der sogenannte „kalte Lohnabbau", beherrschte das Sinnen und Trachten vieler Unternehmer schon lange, bevor die Reichsregierung den Abbau der Tariflöhne begünstigt hat. Die Berichte der einzelnen Bezirksleiter im Jahrbuche bezeichnen einen wahren Guerillakrieg, dem von Unternehmerseite die Lohnbedingungen, vor allem die Akkordsätze, ausgesetzt waren. In einer Reihe von Orten wurde die Lohndruckpolitik zum offenen Konflikt getrieben. Wir erwähnen die Aussperrungen und Konflikte in Erfurt, in Berlin (Fa. Hönigsberg, Zelt & Co.), in Magdeburg, in Tuttlingen, Sontheim, Stuttgart-Obertürkheim und in Cleve.

Der gleiche **Kampf gegen die Tariflöhne** spielte sich auch im **Schuhmachergewerbe** ab, worüber die Berichte der Bezirksleiter zahlreiche Einzelheiten festgehalten haben. Der allgemeinen Lohnpolitik **entsprangen auch zum großen Teil die**

vielen **Klagefälle, die vor den Arbeitsgerichten, den Tarifinstanzen** und sonstigen Behörden anhängig zu machen waren. Diese Tätigkeit entwickelt sich immer mehr zu einem Hauptgebiet der Arbeit der Verbandsfunktionäre. Es wurden nicht weniger als 683 Klagefälle für die Mitglieder vertreten, davon 117 vor dem Arbeitsgericht und 111 vor den Bezirkstarifkommissionen. In diesem Klageverfahren wurden für die Arbeiter 98 886 Mark erstritten. Dabei sind weitere Fälle noch nicht mit registriert, in denen die Vertretung z. B. in den Händen der Arbeitersekretariate lag.

In dieser Hinsicht war also das Jahr 1930 kein glanzvolles Jahr. Denn man müßte voraussetzen, daß unter dem Tarifvertrag die Unternehmer gesteht waren, daß sie den Arbeitern nicht mehr bestreiten würden, was ihnen gehört.

Die Arbeiterschaft hat aus den Vorgängen erneut gesehen, daß sie nur dann imstande ist, den in Zeiten wirtschaftlicher Krisen noch viel stärker hervortretenden sozialreaktionären Bestrebungen der Unternehmer entgegenzutreten, wenn sie geschlossen in der Organisation und durch die Organisation wirkt.

Gerade in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges bedarf der Arbeiter des starken Rückhalts seiner gewerkschaftlichen Organisation. Für die noch abseits stehenden und jammigen Kollegen ist dieser Jahres- und Finanzbericht eine Mahnung zur Organisation, d. h. mitzuhelfen und mitzuwirken an den hohen Zielen der Gewerkschaft.

Die Aussichten auf baldige Besserung der Konjunktur sind sehr schwach und aus Aeußerungen der Unter-

Unterrichtet die Unorganisierten über die Wirksamkeit des Verbandes

nehmer ist bereits zu erkennen, daß sie den Kampf zur Verschlechterung der Löhne und des Tarifes zu gegebener Zeit fortzuführen gedenken. Ein gewisser Teil der Unternehmer (Außenseiter) hat sogar trotz des ungerechtfertigten einschneidenden Lohnabbaues gegen die Allgemeinverbindlichkerklärung des jetzigen Tarifes sich aufgespielt. Die Zeichen deuten also weiterhin auf Kampf und die Arbeiterschaft muß sich bereiten rüsten!

Das einzige Bollwerk gegen die Profitgier des Unternehmertums bilden starke innerlich gefestigte Arbeiterorganisationen. Daher ist es Aufgabe eines jeden Verbandsmitgliedes, aus diesem Jahresbericht die Lehre zu ziehen,

zur eifrigen Mitarbeit für den Verband

alles einzusetzen. Jeder Kollege, jede Kollegin, hat die Möglichkeit, mit aller Kraft zu werben, um die fernstehenden Arbeitsbrüder und Arbeitsschwestern dem Verbande zuzuführen.

Wird dies beachtet, so wird es uns gelingen, den Unternehmern ein Paroli zu bieten und in Einigkeit und Geschlossenheit die noch kommenden schweren Zeiten zu meistern.

Otto Freßlich.

Die Härten der Notverordnung

Was wird mit den Heimarbeitern?

Durch die Notverordnung vom 5. Juni sind die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden grundsätzlich aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen worden. Hausbesitzenden in der Heimarbeit Beschäftigten wird durch diese Maßnahme der Regierung indirekt empfohlen, sich den Unternehmern unter jeder Bedingung als Lohndrücker zur Verfügung zu stellen. Der gesetzliche Schutz der Tarifverträge wird zur Farce, das sein Jahrzehnten mühselig errungene Heimarbeiterschutzgesetz praktisch außer Kraft gesetzt. Der Zwang zum Lohnwird die jedes Schutzes beraubten Heimarbeiter peitschen zum Schmutzkonkurrenten der Betriebsarbeiter machen. Die Folge ist die völlige Zerstörung eines geordneten Tarifvertragswesens, ein Zustand, den die Unternehmer so sehnlichst herbeiwünschen.

Der Deutsche Bekleidungsarbeiter-Verband hatte bereits in einer kurzen Eingabe an die Brüning-Kommission vor der Durchführung solcher Vorschläge gewarnt, wie sie jetzt ihre Verwirklichung finden sollen. Alle Mahnungen und Warnungen waren bisher vergeblich. Und doch muß noch vor der Verwirklichung dieser auf die Heimarbeiter Bezug nehmenden Bestimmungen der Notverordnung eine Aenderung eintreten, wenn größtes Unrecht und katastrophale Auswirkung in Zehntausenden von Heimarbeiterfamilien und darüber hinaus in tarifpolitischer Hinsicht verhütet werden sollen. Tritt vorerst eine Aenderung der Notverordnung nicht ein, muß der Verwaltungsrat der Reichsanstalt baldigst entscheiden. Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband hat bestimmte Vorschläge an diese Körperschaft gerichtet. Danach soll der Rahmen, der der Versicherung unterstehenden Heimarbeiter mindestens auf den Umfang ausgedehnt werden, wie ihn die Verordnung über die Einschränkung der Arbeitslosenversicherung der Heimarbeiter **vom 13. Oktober 1930** noch zuließ.

Reichskanzler Brüning gegen Lohnabbau

Auf der Tagung des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes hat der Reichskanzler Brüning am 27. Juni eine vielbeachtete Rede gehalten. Der Reichskanzler nahm darauf Bezug, daß die Frage der Kapitalbildung auf der Tagesordnung stehe. Er nannte das Eingreifen des amerikanischen Präsidenten Hoover eine weltgeschichtliche Tat und eine Kundgebung des Vertrauens. Die zu erwartenden Erleichterungen sollen in Deutschland zu einer inneren Erstarkung der Gesamtwirtschaft benutzt werden, jedoch geht allen anderen Aufgaben eine gesunde Finanzwirtschaft der öffentlichen Körperschaften voraus. Die Regierung — so sagt Brüning — weiß, daß die Notverordnung große Härten enthält, sie ist sich aber auch bewußt, daß eine aktive Sozialpolitik nur auf der Basis stabiler wirtschaftlicher Verhältnisse möglich ist.

Brüning sprach von den vergangenen Jahren der Scheinkonjunktur und den damals **gemachten Fehlern.** Er führte aus, daß nicht etwa allein von der öffentlichen Verwaltung in Deutschland Fehler begangen wurden, sondern auch von dem privaten Unternehmertum. Der Kanzler sagte den Herren dann noch folgendes: **„Die einfache Formel, die Produktivität unserer Wirtschaft nur durch Lohnsenkung und immer wieder durch Lohnsenkung zu heben, bringt keine Rettung.** Die Konsumkraft der Bevölkerung wurde bei einem solchen Schrumpfungsprozeß immer weiter sinken und die Produktion aufs schwerste schädigen, wenn nicht gleichzeitig von der Wirtschaft her und namentlich auch vom Bank- und Bankiergewerbe spontan durch Inangriffnahme großer und wichtiger Aufgaben geholfen wird."

Das Bekenntnis des Reichskanzlers, daß die Notverordnung große Härten enthält, ist interessant; noch interessanter ist aber die Feststellung, daß die Lohnsenkung keine Besserung bringt. Gerade wir haben der Regierung stets dies zugerufen. Wichtig aber wären nun die Folgerungen, die daraus gezogen werden. Die Hoffnung, daß nunmehr von der Regierung aus der Lohnabbauwut des Unternehmertums energisch Einhalt geboten werde, steht jedoch auf schwachen Füßen.

Die Belastungsprobe der Goldwährung

Deutschland stand vor dem Abgrund

Es ist nur einem kleinen Teil des deutschen Volkes bewußt geworden, daß Deutschland vor einem Abgrund gestanden hat. Die zugespitzte politische Lage, der Drang einer großen sogenannten Volkspartei, mit den Rechtsextremisten Bindungen einzugehen, im Zusammenhang mit einigen anderen Vorfällen hatte das Vertrauen des Auslands derart erschüttert, daß die ausländischen Geldgeber ihre Kredite aus Deutschland zurückzogen.

Die Reichsbank mußte abgeben an Devisen am 12. Juni 214 Millionen, am 13. Juni 105 Millionen, am 15. Juni 63 Millionen. Auch in den folgenden Tagen sind weitere Riesenbeträge an Gold und Devisen aus der Reichsbank abgeflossen.

Die Gefahr, die **der deutschen Wirtschaft** durch den Abzug gewaltiger Auslandskapitalien drohte, scheint nun jedoch glücklicherweise gebannt zu sein. So wenig man auch von dem Plan Hoovers, die Reparationszahlungen für ein Jahr auszusetzen, Wunder für die Wirtschaft erwarten kann, so sehr **wirkte er Wunder zur Abwendung einer plötzlichen Wirtschaftskatastrophe.** Hinzu kommt noch die Bereitstellung von 100 Millionen Dollar seitens der drei großen Notenbanken und der BIZ. Beide zusammen bewirkten, daß der Abfluß von Auslandsgeldern, wenn auch nicht aufhörte, so doch sich stark verminderte, und der Besitz der Reichsbank an ausländischen Zahlungsmitteln so weit gestärkt wurde, daß sie den am Monatsende stets vergrößerten Bedarf an Zahlungsmitteln befriedigen konnte. Auf Grund jener 100 Millionen Dollar kann die Reichsbank das Zweieinhalbfache dieser Summe, das ist eine Milliarde Mark neue Zahlungsmittel in den Verkehr bringen. Dadurch konnten die Anforderungen am Monatsende bewältigt werden.

Prüft man nun an Hand der bösen Erfahrungen der Panktage die Tragfähigkeit unseres Geldsystems, des Systems der Goldwährung, so zeigen sich deutlich die Unzulänglichkeiten dieser Einrichtung.

Die Goldwährung erfordert zweierlei: einmal müssen die Banknoten, die vom zentralen Noteninstitut in den Verkehr gebracht werden, zu einem bestimmten Prozentsatz mit Gold stellweise auch mit Devisen, das sind ausländische Zahlungsmittel gedeckt werden, zum anderen ist die Reichsbank verpflichtet, für Zwecke der Zahlungen an das Ausland den inländischen Schuldnern Gold gegen Banknoten zur Verfügung zu stellen. Diese beiden Verpflichtungen sollen die Beständigkeit des Geldes verbürgen und verhüten, daß das Inlandsgold (von der Geldseite her, d. h. abgesehen von den Schwankungen, die von der Warenseite kommen) entwertet wird. Diese Wirkung wird zum Teil dadurch erreicht, daß die Bindung der Banknotenausgabe an eine Deckung der unbeschränkten Vermehrung der Notenausgabe einen Riegel vorschiebt.

Die Einschränkung der Banknotenmenge soll Preissteigerungen, die zur Geldentwertung führen, verhindern. Das ist wohl eine kostspielige und unzulängliche Bremse, auf die jedoch mangels einer besseren nicht verzichtet werden kann. Zum anderen verhütet die Einlösungspflicht der Reichsbank die Geldentwertung gegenüber dem Ausland dadurch, daß die inländischen Schuldner im Notfall ihre Schulden in Gold bezahlen können. Der Preis des Goldes steht für alleemal sowohl im In- wie im Ausland fest. Wenn die Beschaffung des Auslandsgeldes dem Schuldner zu teuer kommt, weil der Wechselkurs gegenüber dem Ausland sich ungünstig gestaltete, so bezahlt er statt mit Auslandsgeld mit Gold, das er von der Reichsbank kauft. Es muß schon eine erhebliche Verschlechterung des Wechselkurses eintreten, damit der Schuldner zu diesem Mittel greift, da zum festen Einkaufspreis des Goldes noch die Kosten des Transports und der Versicherung hinzukommen. Nun ändert sich der Wechselkurs Tag für Tag, je nachdem, wie die Schulden und Forderungen der deutschen Wirtschaft sich tagtäglich gestalten. Wenn das Ausland deutsche Ausfuhr bezahlt, in Deutschland Wertpapiere kauft oder aber den deutschen Banken, Unternehmungen und der öffentlichen Wirtschaft kurz- oder langfristige Kredite gibt, entzieht es Nachfrage nach deutscher Mark bzw. bietet es ausländische Zahlungsmittel an.

Umgekehrt entsteht aus der Bezahlung der Einfuhr, aus der Tilgung und Verzinsung der Auslandsschulden, aus Uebertragung von Reparationszahlungen, aus Rückzahlung von Auslandskrediten, aus Kapitalflucht (vielfach verbunden mit Ankauf fremder Wertpapiere), eine Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln, ein

Wirtschaftskrise und Arbeiterelend in Italien

(Fortsetzung und Schluß.)

Wie ist es um die Erwerbslosenfürsorge bestellt? Auch in Italien besteht eine obligatorische Arbeitslosenversicherung mit paritätischer Beitragszahlung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Der Unterstützungssatz beträgt 3,50 Lire (gleich 0,77 ℳ) pro Tag, ist also weit geringer als selbst die kommunale Erwerbslosenhilfe in Deutschland.

Die Unterstützungsdauer ist mit drei Monaten befristet. Anderweitige Unterstützungsleistungen, wie Krisenfürsorge, existieren nicht. Die kommunale Wohlfahrtspflege, die in Italien karitativen Charakter trägt, ist bei der ungeheuren Finanznot der Gemeinden nicht im entferntesten in der Lage, die Not der ausgesteuerten Erwerbslosen zu lindern. Wohlfahrtsküchen und Verteilung von Brotrationen an die Allerbedürftigsten, darin erschöpft sich die Arbeitslosenfürsorge der Kommunen und der „fasci" (Ortsgruppen der Faschistischen Partei), die auch auf diese Weise versuchen, die Arbeiter für das Mussolinireginment zu begeistern.

Um die ganze Not der Erwerbslosen zu ermessen, muß man sich vor Augen halten, daß von den 765 000 angemeldeten Arbeitslosen nur etwa 200 000 Unterstützungsempfänger, also fast drei Viertel ausgesteuert sind.

Man glaube nicht, daß die finanziellen Mittel der Versicherungsanstalt höhere Leistungen nicht ermöglichen.

Das Wesen der faschistischen „Sozialpolitik" erscheint in ihrem vollen Lichte, wenn man bedenkt, daß von den Einnahmen der Reichsversicherungsanstalt bloß 32 Prozent auf Unterstützungsleistungen entfallen, während die übrigen 68 Prozent für Verwaltungsspesen aufgehen oder in Form von „Darlehen" im bodenlosen Faß des Staatsbudgets verschwinden.

In den „Judenrepubliken" wird die Erwerbslosenversicherung mit hunderten Millionen aus Etatmitteln gestützt. Im Dritten Reich Mussolinis wird mit dem Gelde, das man den Arbeitslosen vorenthält, den Finanzministern aus der Klemme geholfen und die Löcher im Etat gestopft. Auch andere Institute sozialer und gemeinnütziger Art spielen die Rolle des guten Onkels, den man bei jeder Gelegenheit anpumpt.

In krassem Gegensatz zu der „Sparsamkeit", die der Faschismus auf allen Gebieten der Sozialpolitik an den Tag legt, steht seine bedenkenlose Großzügigkeit bei

Dotierung des Militäretats.

Während für die Arbeitslosen in den Jahren 1929/30 nicht mehr als 124 Millionen Lire verausgabt wurden, sind in dem gleichen Zeitraum 12 Milliarden für Militärzwecke ausgegeben worden.

Trotz der furchtbaren Wirtschaftskrise ist im laufenden Etat ein Mehraufwand von 244,8 Millionen Lire für Rüstungsausgaben angesetzt.

Darüber hinaus wurde gesetzlich festgelegt, daß jeder eventuelle Etatüberschuß automatisch dem Militäretat zugute kommt — eine finanzpolitische Idee, die man in der Tat als original faschistisch bezeichnen kann.

Die Aufwendungen für Kriegszwecke sind nicht die einzigen unproduktiven Ausgaben, die unter dem Zeichen des Lektorenbeils hypertropisch angeschwollen sind. Die Erhaltung des faschistischen Gewaltapparates, die Aufwendungen für Polizeizwecke erfordern Summen, die in demokratisch regierten Ländern nicht annähernd erreicht werden. Zum Vergleich diene die Feststellung, daß für Polizeizwecke Italien viermal so viel ausgibt wie Frankreich, mit der gleichen Bevölkerungszahl und größerem Territorium: 1200 Millionen Lire. Hinzu kommt etwa **eine halbe Milliarde für die faschistische Miliz.**

Wenn man die Militärausgaben von 5,3 Milliarden hinzurechnet, kommt man zu dem Ergebnis, daß die Erhaltung der staatlichen Machtmittel unter dem faschistischen Regime **etwa 38 Prozent des Gesamtetats verschlingt.**

Dementsprechend sind die Ausgaben im Staatshaushalt gegenüber der vorfaschistischen Zeit um mehr als 7 Milliarden gestiegen (von etwa 12 Milliarden im Jahre 1922 auf 19,3 Milliarden im laufenden Etat.) Die schwere Steuerbelastung, die alle Schichten der Bevölkerung, vor allem aber die werktätigen Massen trifft, ist die direkte Folge dieser Ueberspannung des Staatshaushalts, und andererseits eine der entscheidenden Ursachen des wirtschaftlichen Niederganges des Landes. Es sind gerade diejenigen Schichten, die in den Anfängen der faschistischen Bewegung ihre soziale Hauptrückdrift bildeten — der städtische Mittelstand und die Bauernschaft —, die unter dem Steuerdruck wirtschaftlich am schwersten leiden. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat eine Unzahl von kleinen Kaufleuten, Gewerbetreibenden und mittleren Unternehmern ruiniert. Italien hält bekanntlich nicht nur den Weltrekord im Langstreckenflug und im Damenbrustschwimmen, sondern auch den Rekord in Konkursen und Wechselprotesten. Die Zahl der Konkurse erreichte im Oktober 1930 die Rekordhöhe von 1785, die der Wechselproteste von 85 716.

Die Agrarkrise,

von der alle europäischen und überseeischen Länder betroffen sind, ist in Italien nicht minder tiefgreifend als anderswo. Dies ist um so bemerkenswerter, als der Faschismus sich von Anfang an als großzügiger und weitblickender Förderer der Landwirtschaft aufgespielt hat. Auch im Ausland haben die mit großen agitatorischen und zum Teil auch finanziellen Mitteln betriebenen Kampagnen für die „integrale Bonifizierung", für die Steigerung der Getreideproduktion, den Eindruck hervorgerufen, als sei der Faschismus auf dem Wege, die Agrarwirtschaft in Italien auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Auch in der Zollpolitik des Faschismus kam eine starke Bevorzugung der Agrarinteressen zum Ausdruck. Insbesondere die **Getreidezölle wurden stark in die Höhe getrieben.**

Das praktische Ergebnis der faschistischen Agrarpolitik hat die Hoffnungen der interessierten Stände tief enttäuscht. Fast alle Zweige der landwirtschaftlichen Produktion sind in den Strudel der Krise mit hineingerissen worden. Der Preissturz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse hat auch vor den Grenzen Italiens nicht halt gemacht. Der Weizenpreis z. B. ist im Laufe von wenigen Monaten von 120 auf 98 Lire pro Zentner gesunken. Von dieser Entwertung der Agrarprodukte sind am schwersten die kleinen Pächter und Halbpächter betroffen, auf die in Italien 60 bis 70 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe entfallen.

Die katastrophale Lage der kleinen Landwirte kann selbst von der faschistischen Presse nicht verneint werden. So schreibt der „Lavoro fascista": „Da das Mißverhältnis zwischen den Produktionskosten und den Verkaufspreisen immer größer wird, gestaltet sich die Lage der Pächter immer ernster, denn sie verfügen über keinen Reservefonds, um die Nackenschläge der Krise abzuwehren. Bei günstiger Konjunktur waren sie imstande, die hohen Pachtsätze zu zahlen; aber heute sind sie nicht mehr in der Lage, ihren Verpflichtungen gegenüber den Grundbesitzern nachzukommen. Das beweist die große Zahl der Zusammenbrüche von werktätigen Bauern."

Der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Senator Marozzi, erklärte, „daß die gegenwärtige Krise, falls sie noch einige Zeit anhält, eine solche Entwertung der Bodenpreise nach sich ziehen wird, daß diese die Hypothekenschulden nicht mehr decken werden". Von einer wirksamen Hilfe seitens des Staates ist keine Rede. Im Gegenteil, auch aus der Landwirtschaft werden alle finanziellen Kräfte herausgepumpt, um den faschistischen Machthabern ihre verschwenderische Finanzgebarung zu ermöglichen. **„Von den 8 bis 9 Milliarden Spateinlagen,** die aus der Landwirtschaft fließen, — schreibt der — „Giornale d'Agricoltura" — **„kommt bloß eine Milliarde den Landwirten in Form von Darlehen zugute".**

Aus: „Soz. P.-Korresp." Nr. 5/31.

Angebot in deutscher Mark. Das Verhältnis der tagtäglich fälligen Schulden und Forderungen bestimmt nun den jeweiligen Wechselkurs, zu dem ausländische Zahlungsmittel zu beschaffen sind. Dieser Wechselkurs kann sich im Falle des Ueberwiegens der Forderungen des Auslandes so stark zu unseren Ungunsten verschlechtern, daß die Schuldner statt mit Wechseln mit Gold bezahlen, das sie bei der Reichsbank beschaffen können. Gold muß vom Land abströmen. Dauert das Abströmen lange Zeit und erfolgt es in großen Mengen, so können daraus erhebliche Gefahren zunächst für die Wirtschaft des Landes, dann aber im äußersten Falle auch für deren Währung entstehen. Nimmt der Goldvorrat ab, so verringert sich dadurch die Deckung der Banknoten.

In diesem Fall ist nun die Reichsbank gezwungen, ihren Banknotenumlauf zu verringern, entweder durch Diskonterhöhung oder aber, wenn das nicht hilft, durch die noch drastischere Maßnahme der Krediteinschränkung und Aufteilung (Kreditrationierung). Da die Einschränkung des Banknotenumlaufs auch die Verminderung der von den privaten Banken gewährten Kredite zur Folge haben muß, bedeutet sie eine allgemeine Krediteinschränkung mit ihren schweren Folgen für Produktion und Beschäftigung.

Im äußersten Falle kann jedoch ein solches andauerndes und starkes Abströmen von Gold auch die Währung gefährden, falls nämlich der Goldvorrat so weit zusammenschrumpft, daß die Reichsbank ihrer Verpflichtung zur Einlösung der Banknoten in Gold zur Bezahlung von Auslandsschulden nicht nachkommen kann. Damit dieser Fall nicht eintrete, muß man auf die Gegenkräfte rechnen, die es normalerweise bewirken, daß das gestörte Gleichgewicht wieder hergestellt wird. Das soll durch zweierlei Vorgänge erfolgen: Einmal soll durch die Erhöhung des Diskontsatzes das ausländische Kapital Anreiz für die vermehrte Ausfuhr von Kapitalien zur Ausnützung der Zinsdifferenz erhalten, zum anderen soll das Ausland mehr Waren vom Land, aus dem das Gold abströmt, kaufen, da in diesem infolge der Krediteinschränkung die Preise sinken müssen.

Aus diesen Vorgängen sollen nun vermehrte Forderungen des Landes, das das Gold verlor, an das Ausland erwachsen, in unserem Falle also eine vermehrte Nachfrage nach deutscher Mark, vermehrtes Angebot an ausländischen Zahlungsmitteln, die den deutschen Wechselkurs so lange verbessern sollen, bis die ausländischen Schuldner statt mit Auslandswechseln lieber mit Gold, das sie bei ihren Noteninstituten beschaffen können, zahlen. Auf diese Weise strömt das Gold in das Land, das es verlor, in unserem Falle nach Deutschland, zurück. Es kommt nun darauf an, ob dieser **Mechanismus heute funktioniert** bzw. funktionieren kann.

Das **Abströmen großer Goldmengen aus Deutschland bereits** zum dritten Male in zwei Jahren beweist es zur Genüge, daß dieser Mechanismus heute nicht ausreichend funktioniert. Für das Versagen dieses Mechanismus sind mannigfaltige Ursachen verantwortlich, auf die wir hier nicht eingehen können. Nur das Entscheidende soll hier gesagt werden, die Tatsache nämlich, daß dieser ganze Mechanismus des Goldausgleichs nur gedacht ist, um Spitzenbeträge, die sich aus dem internationalen Waren- und Kapitalverkehr ergeben, jeweils zu begleichen. Wenn aber ein Land, wie Deutschland, nach Abdeckung seiner Handelsbilanz noch Milliardensummen an Reparationen und an Anleihezinsen zu übertragen hat, darüber hinaus und auch als Folge dieses Zustandes Milliardensummen kurzfristiger Auslandskredite im Land unterhalten muß, die jeden Augenblick gekündigt und vom Land zurückgezogen werden können, so kann offenbar der Goldvorrat der Reichsbank, so groß er auch an sich und im Hinblick auf den Banknotenbedarf der Wirtschaft sein mag, nicht mehr die ihm zugedachte Funktion erfüllen. Er kann weder zuverlässig verhüten, daß die Reichsbank ihren ganzen Goldvorrat oder dessen größten Teil plötzlich verliert, noch die Entblößung der Wirtschaft an Kredit verhindern. Es können sich jene Gegenkräfte, die oben erwähnt wurden, angesichts der Größe der Summen, die dem Ausland übertragen werden müssen, nicht auswirken.

Ist es doch ganz unmöglich, die Ausfuhr plötzlich derart zu steigern, daß daraus der Gold- und Devisenverlust wettgemacht werden kann, und wenn Kredite in Milliardensummen vom Land abgezogen werden, so wird es ebensowenig möglich sein, — selbst wenn man den Zinsfuß noch so stark erhöht, — für diesen Verlust in kurzer Zeit Ersatz durch Aufnahme von neuen kurzfristigen Auslandsanleihen zu beschaffen. Dies um so weniger, da dieser plötzliche Abzug von Auslandsgeldern entweder erfolgt, da die ausländischen Geldgeber diese Summen in ihrem eigenen Land dringend (gewöhnlich für Börsengeschäfte) nötig haben, oder aber, weil ihr Vertrauen zum kreditnehmenden Land dahinschwand. In keinem der beiden Fälle ist damit zu rechnen, daß das abgewanderte Gold in das Land bald zurückfließt.

Das Goldwährungssystem ist eben, wie oben ausgeführt wurde, nur für einen Spitzenausgleich gerüstet und es kann ihm daher eine solche Belastung, wie jüngst in Deutschland zutage trat, nicht zugemutet werden. Wenn deshalb die Entspannung der deutschen Lage neben den günstigen psychologischen Wirkungen des Hoover-Planes nur so erfolgen konnte, daß die ausländischen Notenbanken Deutschland einen Betrag von 100 Millionen Dollar zur Verfügung stellten, so war das eine Selbstverständlichkeit. Sollte die Goldwährung unter den geschilderten Verhältnissen funktionieren, so ist überhaupt die engste Zusammenarbeit der Notenbanken erforderlich, die eben die Verpflichtung übernehmen müssen, im Falle eines starken Abströmens von Gold dem betreffenden Land an Stelle des privaten Kapitals Kredite zur Verfügung zu stellen, und zwar nicht nur für ganz kurze Zeit, sondern solange es diese zur Wiederherstellung des Gleichgewichts benötigt.

Ein Blick auf die bisherige Entwicklung der deutschen Währung dürfte hier zweckmäßig sein. Das deutsche Wirtschaftsgebiet hat erst seit 1857 eine einheitliche Währung erhalten, und zwar die Silberwährung. Im Jahre 1871 wurde dann mit der Ausprägung von Goldmünzen begonnen und durch das Münzgesetz von 1873 ist die Goldwährung eingeführt worden. Es war zunächst keine wirkliche Goldwährung, sondern eine sogenannte hinkende Doppelwährung, da der Taler noch bis zum Jahre 1907 gesetzliches Zahlungsmittel blieb. Eine wirkliche Goldwährung hat es in Deutschland also erst vom Jahre 1907 ab und nur sieben Jahre lang gegeben. Durch Gesetz vom 4. August 1914 wurde die Einlösungspflicht der Reichsbank aufgehoben. Damit wurde damals die Währung zu einer typischen Papierwährung.

Um auf die Frage der Deckung der Banknoten zurückzukommen, so steht es diesbezüglich fest, daß die im deutschen Bankgesetz erforderte 40prozentige Deckung eine außerordentlich hohe ist und daß es vollkommen zweck- und sinnlos ist, eine so hohe Deckung in den Kellern der Reichsbank zu behalten, zumal die Beständigkeit der Währung durch die hohe Deckung überhaupt nicht berührt wird. Es ist schon ein Gemeinplatz geworden, daß eine Herabsetzung der Deckungsvorschriften sowohl in Deutschland wie in den anderen Ländern erforderlich ist, wie das auch im letzten Goldbericht des Völkerbundes nachdrücklich gefordert wird. Die Herabsetzung der Banknotendeckung kann jedoch nicht von einem einzigen Land erfolgen, am allerwenigsten von Deutschland, dessen Bankgesetz infolge internationaler Verträge einseitig nicht geändert werden darf und das von sich aus eine solche Herabsetzung ohnehin nicht durchführen kann, wenn das Vertrauen in die Kreditfähigkeit des Landes nicht weiter erschüttert werden soll. Indessen ist diese auch schon vom Völkerbund empfohlene internationale Regelung immer noch nicht erfolgt. Man wartet in den internationalen Kreisen offenbar auf eine Katastrophe, ehe man sich entschließt, auch das Geringste zu unternehmen. Durch eine sinnvolle Aenderung der Deckungsvorschriften könnte man die Kreditgrundlagen sowohl in Deutschland wie in anderen Ländern erheblich erweitern, was angesichts der gegenseitigen Wirtschaftskrise eine dringende Notwendigkeit ist.

Während also das System der Goldwährung in wichtigsten Punkten verbesserungsbedürftig ist, wenn es ihre Funktion erfüllen soll, so vernimmt man häufig auch den radikalen Ruf nach „Abkehr von der Goldwährung“ überhaupt. Die Bewegung: „Los von der Goldwährung“ — wurde von Hugenberg eingeleitet, sie wird von den Nazis eifrig unterstützt, scheint aber auch in andere Kreise Eingang gefunden zu haben. Die Loslösung der Mark von der Goldwährung würde die internationalen Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands zerstören, es von der Weltwirtschaft loslösen. Ihre Anhänger würden durch die Loslösung der Mark eine Inflation größten Umfangs in die Wege leiten, deren verhängnisvolle Wirkungen vielfach bereits vergessen wurden. Wäre Deutschland ein **sozialistisches** Land, so könnte eine solche Loslösung der Währung, wenn auch mit stärksten Opfern für die Verbraucher, denen große Entbehrungen auferlegt werden müßten, durchgeführt werden. In einem **kapitalistischen** Land dagegen müßte sie eine bodenlose Verelendung und — vielleicht nach vorübergehender Belebung der Beschäftigung — eine weitere Verschärfung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

H.

Werben! Werben!

Heraus aus dem Verderben!
Wo bleibt der zweite Mann?
Mit neuer Wucht greift an,
Kollegen!

Jetzt, wo ein Licht in die Finsternis fällt,
Jetzt, wo ein Strahl durch die Notnacht schwellt —
Jetzt gilts, den reaktionären Spuk zu beenden!
Jetzt schlagt den Volksfeinden das Heft aus den Händen!
Wir wollen Frieden, Arbeit und Brot!
Sie bringen Chaos, Unterdrückung und Not!
Tragt die Erkenntnis ins Volk hinein!
Baut der Verhetzung den Totenschrein!
Fürchtet den Haß und die Niedertracht nicht,
Stellt kühn die Wahrheit ins hellste Licht!
Holt alle Kräfte zum Aufstieg heran!
Kollegen! Mit neuer Wucht greift an!
Heraus aus dem Verderben!
Werben! Werben!

Tutt, ein Wirker.

Aufregung bei den Hirsch-Dunckerschen

In der Nummer 53 der „Schuhfabrikanten Zeitung“ wird eine Auslassung des Hirsch Dunckerschen Gewerkschaftsblättchens nachgedruckt, die eine Anzweiflung unseres kürzlich veröffentlichten Berichts über die Betriebsratswahlen darstellt und deren Tonart von der „Schuhfabrikanten Zeitung“ ironisch als „offenherzig“ bezeichnet wird.

Der Verfasser der Hirsch Dunckerschen Auslassung spielt den Geschwollenen und nimmt den Mund recht voll, um seiner Organisation eine wer weiß wie große Bedeutung beizumessen, die sie eben nicht besitzt. Allein in Berlin, Pirmasens, Weißenfels und — — Zetel sei der Gewerkverein in der Lage, 60 Betriebsratsmitglieder nachzuweisen.

Wir haben es nicht nötig, unsere Statistiken gegen die vorliegenden Anzweifelungen zu verteidigen. Denn, daß sie richtig sind, ergibt sich aus der Praxis, wo die Ergebnisse unserer Zahlungen sich immer wieder weitgehend mit den statistischen Feststellungen des Schuhfabrikantenverbandes in Uebereinstimmung befanden. Daß Ermittlungen solcher Art, von nichtamtlicher Seite unternommen, das Zählungsobjekt nie voll erfassen können, ergibt sich aus den allbekannten Schwierigkeiten. Aber auch im vorliegenden Falle ist es uns, wie jederzeit, gelungen, die bedeutsamen und maßgeblichen Betriebe der Schuhindustrie zu erfassen, wie schon die Zahlenangabe über die in den Fabriken Beschäftigten beweist.

Mit den „geistreichen“ Bemerkungen, deren sich der Schreiber aus dem Hirsch-Dunckerschen Lager bedient, um uns Lüge oder Fälschung vorzuwerfen, ist der Beweiskraft unserer Statistiken nicht beizukommen. Bekannt ist, daß das Hirsch Dunckersche Verbändchen ja schon seit Jahren nicht einmal seine Mitgliederzahlen mehr veröffentlicht, ebensowenig das Ergebnis derartiger eigener Statistiken. Geschähe dies, dann ließe sich ja auch Klarheit gewinnen. Also selbst die Veröffentlichung der Mitgliederzahlen fehlt, und wo sie gezwungenermaßen erfolgt, nämlich gegenüber dem Statistischen Reichsamt zur Zusammenstellung des „Jahrbuchs der deutschen Berufsverbände“, erfolgt die Angabe nur noch in runden Zahlen. Nach diesem Quellenwerk hat der Gewerkverein der Lederarbeiter folgende Mitgliederentwicklung durchgemacht:

	Mitgliederzahl	davon weibliche		Mitgliederzahl	davon weibliche
1913:	5200	480	1924:	3600	?
1919:	4866	600	1925:	3500	400
1920:	4900	1000	1926:	3500	500
1921:	4004	863	1927:	3500	?
1922:	3960	?	1928:	4300	?
1923:	?	?	1929:	4110	330

Wie bekannt, sind aber im Gewerkverein der Lederarbeiter H.-D. nicht nur Schuhmachergehilfen und Schuhfabrikarbeiter zusammengefaßt, sondern daneben sind darin auch die Hirsch Dunckerschen Gerbereiarbeiter, Portefeuiller, Handschuhmacher, Sattler und wohl auch Tapezierer organisiert. Auf diese verschiedenen Berufe verteilt sich also die Riesenzahl von 1110. Wie viele davon Schuhmacher sind, wie viele Schuharbeiter, wie viele Betriebe der Gewerkverein „beherrscht“, das bleibt sein dunkles Geheimnis.

Wir haben der Oeffentlichkeit einmal diese Mitgliederzahlen der so energievoll scheinenden Gewerksvereinsorganisation unterbreitet, damit die Interessenten, insbesondere auch die Schriftleitung der „Schuhfabrikanten-Zeitung“ ein Bild gewinnen kann, wie es um die tatsächliche Bedeutung dieser Fachorganisation steht. Um dem Verdachte der Lüge oder Fälschung, dem man in der Greifswalder Straße 55 in Berlin anscheinend so leicht begegnet, zu entgehen, haben wir die eigenen Angaben von dort für sich sprechen lassen. Wir wollen, weil man aufs Rätselraten angewiesen ist, noch einen Schritt weiter gehen und versuchen, festzustellen, wie viele Schuhmacher im Gewerkverein vereinigt sind.

Nach den jüngst erreichbaren Angaben vom Jahr 1929, da für 1930 Zahlen noch nicht von überall vorliegen, waren in freigewerkschaftlichen Organisationen organisiert: Schuhmacher 78 831, Lederarbeiter 37 855, Sattler usw. 30 614, also insgesamt 147 303 Arbeiter. Von sämtlichen freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern dieser Berufe fielen also auf die Schuhmacher 53,5, auf die Lederarbeiter 25,7 und auf die Sattler 20,8 Prozent. Die Hirsch Dunckersche Mitgliederzahl von 1929 ebenfalls in dieser Weise zerlegt, würde man dort also mit rund 2200 organisierten Schuhmachern rechnen können. Dabei sind aber die Schoßschuhmacher und Kleinmeister nicht ausgeschieden. Man kann daraus ein Bild gewinnen, auf wieviel Schuhfabrikbetriebe wohl im ganzen Deutschen Reiche der Gewerkverein von wirklich maßgebendem Einfluß sein wird. Die Zahl kann wirklich keine große sein.

Unser bissiger Kritikus weiß ja auch nur vier Orte zu nennen, wo er mit seinen 60 Betriebsräten Staat machen kann. Außer drei gewichtigen Fabrikorten marschiert unter den 25 Zahlstellen des Gewerkvereins der Name Zetel auf, ein Ort mit 3797 Einwohnern und zwei kleineren Holzschuh- bzw. Filzschuhbetrieben. Daran kann man ermessen, wo der Einfluß des Gewerkvereins im wesentlichen zu suchen sein wird.

Wir haben nichts dagegen, daß auch der Gewerkverein seine „Wahlerfolge“ statistisch nachzuweisen sucht. Glauben aber andererseits mit unseren Feststellungen die erwähnte, höchst oberflächliche Hirsch Dunckersche Schimpfepistel, eines in seiner Schwäche getroffenen und durch die Wirklichkeit in seinem Ehrgeiz geschmälerten Organisationsrepräsentanten in wirklich „offenherziger“ Weise abgetan zu haben.

Jack London

Die Insel Berande

Copyright 1927 by Universitas Deutsche Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin. — Volksausgabe der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW. 61

(2. Fortsetzung)

Die Glocke, die die Arbeiter an die Arbeit rief, hatte kaum geläutet, als Scheldon Besuch erhielt. Er hatte sich sein Ruhebett auf die Veranda stellen lassen und lag dort, als Kanus ankamen und auf den Strand geschoben wurden. Vierzig, mit Speeren, Bogen, Pfeilen und Kriegskeulen bewaffnete Männer sammelten sich vor der Pforte, aber nur einer trat ein. Sie kannten die Gesetze von Berande, wie jeder Eingeborene das Gesetz auf den Besitzungen aller Weißen in dem auf Tausende von Meilen verstreuten Salomon-Archipel kannte. In dem Manne, der den Weg heraufkam, erkannte Scheldon Seelee, den Häuptling des Dorfes Balesuna. Der Wilde stieg nicht die Stufen empor, sondern blieb unten stehen und sprach zu dem weißen Herrn oben.

Seelee war intelligenter als die meisten seines Stammes. Seine eng beieinanderstehenden, kleinen Augen zeugten von Grausamkeit und List. Eine G-Saite und ein Patronengürtel machten seine ganze Kleidung aus. Die geschnitzte Perlmutterschale, die ihm von der Nase bis zum Kinn hing und ihn am Sprechen hinderte, diente nur als Zierat, und die Löcher in seinen Ohren hatten nur den Zweck, Pfeife und Tabak zu tragen. Die Stümpfe seiner ausgebrochenen Schneidezähne waren schwarz gefärbt vom Betelsaft, den er hin und wieder ausspie.

Wenn er sprach oder zuhörte, schnitt er Grimassen wie ein Affe. Er sagte „ja“, indem er die Augenlider senkte und das Kinn vorschob. Die kindische Arroganz seiner Sprache stand in krassem Widerspruch zu der unterwürfigen Haltung, die er vor der Veranda einnahm. Er hatte viele Anhänger und war Herr und Meister des Dorfes Balesuna. Aber der Weiße, der keine Anhänger hatte, war Herr und Meister von Berande, ja, er, der einzelne, hatte sich gelegentlich sogar zum Herr und Meister des Dorfes Balesuna gemacht. Seelee erinnerte sich nicht gern dieses Vorfalls. Damals hatte er die Natur der Weißen kennen und verabscheuen gelernt. Er hatte sich strafbar gemacht, indem er drei Durchbrennern aus Berande Unterschlupf gewährte. Sie hatten ihm alles, was sie besaßen, für das Obdach und die für das Entkommen nach Malaita versprochene Hilfe gegeben. Das hatte ihm die Aussicht auf die einträgliche Zukunft verschafft, in der das Dorf zu einer Station der Untergrundbahn zwischen Berande und Malaita werden konnte.

Unglücklicherweise kannte er das Wesen der Weißen nicht. Dieser merkwürdige Weiße belehrte ihn, als er bei Tagesanbruch vor seinem Grashause erschien, eines Besseren. Im ersten Augenblick hatte es ihn belustigt, er fühlte sich vollkommen sicher inmitten seines Dorfes. Aber im nächsten Augenblick hatten ihn, ehe er schreien konnte, ein paar Handfesseln, die der Weiße in der Hand hielt, auf den Mund getroffen und das Hilfegeschrei in seiner Kehle erstickt. Gleichzeitig hatte ihn die andere Faust des Weißen hinter dem Ohr getroffen, so daß er von dem folgenden nichts mehr wußte. Als er wieder zu sich kam, lag er in dem Boot des Weißen, das nach Berande fuhr. Auf Berande war er wie ein gewöhnlicher Nigger behandelt, war in Ketten gelegt und mit Handschellen an Händen und Füßen gefesselt worden. Nachdem sein Stamm die drei Durchbrenner wiedergebracht, wurde er freigelassen. Aber dann hatte der furchtbare Weiße ihn und Balesuna noch mit einer Strafe von zehntausend Kokosnüssen belegt. Nie wieder hatte er den Malaita-Leuten Unterschlupf gewährt. Statt dessen machte er sich nun ein Geschäft daraus, sie einzufangen. Das war sicherer. Zudem bekam er eine Kiste Tabak für jeden. Sollte dieser Weiße ihm aber je eine Gelegenheit bieten — daß er ihm krank in die Hände fiele, daß er, Seelee, ihm in den Rücken käme, wenn der Weiße im Busch stolperte und fiel — nun, dann gab es einen Kopf, der in Malaita etwas wert war.

Scheldon war über das, was Seelee ihm sagte, erfreut. Der siebente von den letzten Ausreißern war gefaßt worden. Er wurde hereingeschleppt. Es war ein kräftiger Mann, dessen Arme mit Kokosfaserstricken gebunden waren; das geronnene Blut vom Kampfe mit seinen Ueberwältigern klebte ihm noch am Körper. „Mich savvee du gut fella, Seelee“, sagte Scheldon, während der Häuptling ein viertel Wasserglas voll starkem Genever hinuntergoß. „Fella Boy gehören mir kurze Zeit klein bißchen. Dies fella Boy stark fella zuviel. Ich geben dir fella eine Kiste Tabak — mein Wort, eine Kiste Tabak. Dann, du gut fella, ich geben dir drei Faden Kaliko, ein fella Messer groß fella zuviel.“

Der Tabak und die andern Gegenstände wurden von zwei Hausboys aus dem Lager gebracht und dem Häuptling von Balesuna ausgehändigt, der die Zusatzbelohnung mit einem verbindlichen Grunzen entgegennahm und zu seinen Kanus zurückging. Auf Scheldons Anweisung legten die Hausboys dem Gefangenen Hand- und Fußschellen an und fesselten ihn an einen der Pfosten des Hauses. Als die Arbeiter um 11 Uhr von der Plantage kamen, ließ Scheldon sie vor der Veranda zusammentreten. Alle gesunden, einschließlich derer, die im Hospital helfen mußten, waren zur Stelle. Selbst die Frauen und Kinder der Plantage waren mit den übrigen in zwei

(Fortsetzung nächste Seite.)

Frontwechsel der kommunistischen Gewerkschaftsspalter

Durch den V. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale vom August vorigen Jahres wurden die kommunistischen Parteimitglieder verpflichtet, „konsequent, bewußt und unermüdlich auf die Organisation und Entwicklung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung -- hinzuarbeiten" und „diesem Kurs für die Schaffung **von oben bis unten selbständiger** Organe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung die ganze Arbeit . . innerhalb der reformistischen Gewerkschaften unterzuordnen".

Die Folge dieser Verpflichtung war, daß die kommunistische Parteileitung alle Mittel der Parteidisziplin spielen ließ, um ihre Anhänger in RGO.-Gruppen zu organisieren. Die RGO.-Gruppen wurden gezwungen, sich bewußt in den Gegensatz zur Taktik und den Anweisungen der Verbandsvorstände zu stellen und wo die dadurch unvermeidlichen Konflikte es zuließen, die **Gründung besonderer kommunistischer** Gewerkschaften durchzuführen. Eine Anzahl durchweg unbedeutender Splitterverbände sind auf diese Weise entstanden.

Auf diese logische Auswirkung dieses kommunistischen Vorgehens haben wir wiederholt und sehr nachdrücklichst hingewiesen Wir haben es auch begrüßt, daß die hinterhältige Spaltungsaktion der Kommunisten damit endlich einmal offenkundig gemacht wurde und vorausgesagt, daß die Rechnung der Komintern nicht aufgehen würde. Zu einer solchen Voraussage gehört natürlich keinerlei Prophetengabe. Wenn eine Partei wie die KPD. ihre Anhänger verpflichtet, gegen jede Maßnahme der Gewerkschaften anzukämpfen und besondere RGO.-Gruppen aufzuziehen, dann können sie einfach nicht mehr innerhalb der Gewerkschaften als Mitglieder wirken. Wenn man außerdem die Gewerkschaften als streikbrecherische Organisationen kennzeichnet und eigene „revolutionäre" Verbände aufzieht, dann ist es selbstverständlich, daß alle Parteigänger der revolutionären Verbände keinen Schneid mehr haben, sich in den „streikbrecherischen" Verbänden zu betätigen. Darüber herrscht nun großes Entsetzen in der Moskauer Gewerkschaftszentrale, denn die kommunistischen Verbandsgründungen sind ohnmächtig und in den reformistischen Verbänden kehrt man sich nicht an die Moskauer Beschlüsse.

Wie üblich, hat natürlich Moskau an dieser Entwicklung keine Schuld. Nur die Parole ist von den Parteigängern mißverstanden worden und deshalb hat der ganze Apparat schleunigst kehrtzumachen. In einem langen „offenen Brief" an die Reichsleitung der RGO. fordert die Moskauer Zentrale, **daß sofort wieder die ganze Kraft** aller Anhänger auf die Parteiarbeit in den reformistischen Verbänden eingestellt wird. Interessant ist dabei das Zugeständnis, daß es der RGO. niemals gelingen wird, sich ohne systematische und nachdrückliche Arbeit in den reformistischen Verbänden zu einer Massenorganisation zu entwickeln. Das große Heer der Unorganisierten scheint also auch nicht an dem Moskauer Kuchen knabbern zu wollen.

Zur Vertiefung der neuen Wendeparole finden jetzt im ganzen Lande besondere Konferenzen der RGO. statt. Uns kümmert es nicht, wie die Moskauer Sendboten sich des gewordenen Parteibefehls entledigen. Worauf wir aber zu achten haben, ist, daß auch in Zukunft die Zersetzungsbestrebungen der KPD. an dem festen Willen unserer Funktionäre zum Scheitern gebracht werden. Wo nur versucht werden sollte, in verstärkter Weise der neuen kommunistischen Parole zu folgen, muß dieses unterbunden werden. Ueber bemerkenswerte Vorgänge solcher Art bitten wir, den in Betracht kommenden Verbandsvorständen sofort unter Angabe der Personen Mitteilung zu machen, damit alles Notwendige veranlaßt werden kann. Mitglieder unseres Verbandes sind durch die bekannten Verbandsbeschlüsse gewarnt, sich von den kommunistischen Machenschaften gegen die Gewerkschaftsbewegung unbedingt fernzuhalten.

Der Großkampf in Norwegen

Ueber die Lage, wie sie in Norwegen durch die Aussperrung entstanden ist, wird aus Norwegen folgendes berichtet:

„Seit März 1931 sind die Hauptindustrien des Landes in einen schweren Arbeitskampf verwickelt. Am 15. März begann die Aussperrung in der Papierindustrie, wovon 12 000 Arbeiter betroffen wurden. Am 8. April kamen andere wichtige Industrien an die Reihe, darunter die Schuhindustrie. Am 15. April wurde die Aussperrung auf weitere Berufe ausgedehnt und auch die Lederarbeiter und Gerber wurden nunmehr davon betroffen. Auch den Seeleuten wurde gekündigt, doch ist es in der Schiffahrt noch nicht zur Arbeitseinstellung gekommen

Im ganzen sind 85 000 Arbeiter von der Aussperrung betroffen.

Die Absicht des Unternehmerverbandes bei dieser allgemeinen Aussperrung war, der Arbeiterschaft einen vernichtenden Schlag zu versetzen, und sie zur Annahme bedeutender Lohnherabsetzungen und sonstiger Verschlechterungen der Tarifverträge zu zwingen.

Die Unternehmer forderten: Herabsetzung der Akkordlöhne um 25 Prozent, der Stundenlöhne um 15 Prozent. Der Lebenshaltungsindex war jedoch seit der letzten Verlängerung des Abkommens nur um etwa 5 Prozent zurückgegangen.

Der vom Ministerium eingesetzte Schlichter unterbreitete den beiden Parteien nach langwierigen Verhandlungen am 23. Mai einen Schlichtungsvorschlag, der die Lohnkürzungen auf 7½ bis 9 Prozent festsetzte, aber von Arbeitern und Unternehmern verworfen wurde Darauf fanden neue Verhandlungen zwischen Arbeiter- und Unternehmervertretern statt, bisher ergebnislos. Den Unternehmern fällt das Nachgeben schwer, nachdem sie vorher den Mund so vollgenommen haben.

Die Haltung der Arbeiter ist vorbildlich. Sie sind entschlossen, jede Lohnherabsetzung abzulehnen, welche über die Senkung des Lebenshaltungsindexes hinausgeht."

Der Kampf dauert also bereits 3 Monate und stellt an die finanziellen Mittel der Gewerkschaften Norwegens die äußersten Anforderungen. Mit aller Sympathie verfolgen die organisierten Arbeiter der übrigen Länder diesen gigantischen Kampf, was auch bereits in finanzieller Hilfeleistung seitens ausländischer Organisationen zum Ausdruck kommt.

Reihen angetreten — eine Horde von kaum weniger als zweihundert nackten Wilden. Außer dem Zierat aus Perlen, Muscheln und Knochen trugen ihre durchbohrten Ohren und Nasenflügel Sicherheitsnadeln, Nägel, Haarnadeln, rostige Pfannenstiele und Büchsenöffner. Einige hatten sich Federmesser in die krausen Locken geklemmt. Auf der Brust des einen hing ein Porzellantürknauf, auf der eines andern ein Messingrad aus einer Weckuhr. Ihnen gegenüber, aufs Verandageländer gestützt, stand der Weiße. Jeder einzelne von ihnen hätte ihn mit dem kleinen Finger umwerfen können. Trotz seiner Feuerwaffen wäre es für die Horde eine Kleinigkeit gewesen, ihn über den Haufen zu rennen, und dann hätten sein Kopf und die Plantage ihnen gehört. Haß, Mordgier und Rachedurst besaßen sie im Uebermaß. Aber eines fehlte ihnen, eben das, was er besaß: der Zorn des Herrschenden, der nicht zu löschen war, der immer noch in diesem von Krankheit zermürbten Körper glimmte und jederzeit bereit war, aufzulodern und sie zu vernichten.

„Narada! Billy!" rief Scheldon scharf.

Zwei Mann schoben sich unwillig vor und warteten. Scheldon gab einem Hausboy den Schlüssel zu den Handschellen, und der Gefangene wurde losgemacht. „Du fella Narada, du fella Billy, nehmen dies fella Boy und machen ihn an Beinen fest, Hände ganz hoch!" befahl Scheldon.

Während dies langsam und unter Murren der Zuschauer geschah, brachte einer der Hausboys eine schwere Peitsche: Scheldon hi[illegible] eine Ansprache:

„Dies fe[illegible] Arunga mich machen eroß auf ihn zuviel. Ich nicht beste[illegible]en dies fella Arunga, ich nicht betrügen. Ich sagen, ‚all right, du kommen zu mir Verande, arbeiten drei fella Jahre'. Er sagen ‚all right, mich kommen zu dir drei fella Jahre.' Er kommen. Er kriegen viel gut fella Kai-kai, viel gut fella Geld. Was Name er laufen weg. Mich zuviel eroß auf ihn. Ich zeigen was Name dies fella. Ich bezahlen Seelee, groß fella Herr in Balesuna, eine Kiste Tabak, weil fangen dies fella Arunga. Schön. Arunga bezahlen dies fella Kiste Tabak. Sechs Pfund dies fella Arunga bezahlen. Das heißen ein Jahr mehr dies fella Arunga arbeiten Verande. Schön. Jetzt er kriegen zehn fella Hiebe dreimal. Du fella Billy geben Hiebe, geben dies fella Arunga zehn fella dreimal. Alle fella Jungen zusehen, alle fella Marys zusehen; sie jemals möchten weglaufen, sie denken stark fella zuviel, nicht weglaufen. Billy, stark fella zuviel zehn fella dreimal." Der Hausboy reichte Billy die Peitsche, aber der nahm sie nicht. Scheldon wartete ruhig. Die Augen aller Kannibalen waren in Zweifel. Furcht und Gier auf ihn gerichtet. In diesem Augenblick handelte es sich für den einsamen Weißen um Sein oder Nichtsein. (Fortsetzung folgt.)

Mitteilungen

Nürnberg-Fürth

Ehrung von Verbandsjubilaren.

Die Zahlstelle Nürnberg Fürth unseres Verbandes weist auch in diesem Jahr eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen auf, die auf ein Vierteljahrhundert Mitgliedschaft im Verbande zurückblicken. Aus diesem Anlaß veranstaltete die Ortsverwaltung am 4. Juli eine kleine, aber würdige Feier, und zwar am Sportplatz der Freien Turnerschaft Süd. 40 Kolleginnen und Kollegen galt es für treue 25jährige Mitgliedschaft zu ehren. Auch die Funktionäre waren restlos erschienen; die Platzhalle war voll besetzt. Musik und Gesangsvorträge leiteten den Abend ein, unsere Verbandsjugend-Gruppe überraschte neben anderem durch einen Bewegungschor „Der Pfeiler" und durch eine fabelhafte Bühnenleistung „Ungarischer Tanz". Der 2. Hauptkassier, Kollege Huber, hielt die Festrede. Er führte u. a. folgendes aus:

„Ein Vierteljahrhundert haben unsere Jubilare für unser gemeinsames Ziel gekämpft, sich stets bewußt, daß nur durch die Stärke der Organisation unsere Aufgaben und Ziele erfüllt werden. Manchen Stürmen haben auch die Jubilare trotzen müssen. Denn alles, jeder Pfennig Lohnerhöhung mußte erst erkämpft werden. Es gab vormals keinen Achtstundentag, kein Arbeitsrecht, keine Erwerbslosenfürsorge. Möge sich die Jugend ein Beispiel an dem Geist der alten Kollegen nehmen. Mehr denn je zwingt uns das Trostlose der kapitalistischen Welt, zusammenzustehen. Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft und haben als solche die Aufgabe, alle Angriffe des Kapitalismus auf unseren Lebensstandard abzuwehren. Starke, innere Verbundenheit mit der Organisation ist die erste Voraussetzung für jeden Erfolg. Laßt uns weiter ausbauen, was unsere Jubilare in zäher Arbeit bis heute geschaffen haben, immer das Lebensziel, den Sozialismus, vor Augen. Heute und später gilt es, neue wirtschaftliche Formen und neue Wege auf allen Gebieten zu finden, an denen wir unmittelbar interessiert sind. Wir danken den Jubilaren am besten, wenn wir geloben, alle Kräfte einzusetzen für den Ausbau der Organisation."

Durch den Angestellten der Zahlstelle, den Kollegen Berthold, erhielt sodann jeder Jubilar ein schönes Buch, ein Diplom und ein Geldgeschenk. Berthold wies darauf hin, daß die Zahlstelle rund 350 Mitglieder zählt, die eine Mitgliedschaft von 25—47 Jahren aufweisen. Aber auch eine betrübliche Tatsache gab er bekannt, daß wir am Ort 1250 Vollerwerbslose haben, der Rest, d. h. 1500 Mitglieder sind fast ausnahmslos Kurzarbeiter!

Nachdem auch noch der Kollege Hch. Busch zu seinem 30jährigen Jubiläum als Angestellter der Hauptverwaltung und zu seinem 65. Geburtstag eine kleine Ehrung erfahren hatte, sang man gemeinsam die Internationale. Noch eine gemütliche Stunde, dann trennte man sich in dem Bewußtsein, daß bei den Schuhmachern die Treue kein leerer Wahn ist. H. F.

Sechster Internationaler Kongreß der Schuh- und Lederarbeiter in Prag

Der Internationale Kongreß der Lederindustriearbeitergruppen wird vom 28. bis 30. September in Prag stattfinden. Der Tagungsraum befindet sich im Vereinshause der tschechischen Ingenieure: „Sia", Prag I, Dvorakovo nabrezi.

Die vorläufige Tagesordnung lautet wie folgt:

1. Eröffnung des Kongresses.
2. Wahl des Büros.
3. Bericht des Sekretärs:
   a) Die Lage der Weltwirtschaft.
   b) Die Arbeitslosigkeit in den angeschlossenen Verbänden.
   c) Die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden.
   d) Die Wirtschaftskämpfe der angeschlossenen Verbände.
   e) Die internationale Zusammenarbeit.
   f) Die Mitgliedschaft der Internationalen Vereinigung.
   g) Der Expansionsdrang Bat'as.
   h) Kassenbericht.
4. Die Entwicklung der Schuh- und Lederindustrie und die Lage der Arbeiter in der Tschecho-Slowakei. Referent: Genosse Balchar (Prag).
5. Die finanzielle Lage der Internationalen Vereinigung in Verbindung mit dem Antrag der skandinavischen Schuhmacher Verbände auf Erhöhung der Beiträge.
6. Anträge, die nicht unter einen der vorstehenden Punkte fallen.
7. Wahl des Sekretärs und der Mitglieder des Zentral-Komitees.

Die Eröffnung des Kongresses findet am 28. September, vormittags 10 Uhr, statt.

Die Kommunisten ohrfeigen sich selbst

Die „Rote Fahne", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei, schreibt am 7. Juni 1931 in Nr. 119 in einer Resolution der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark u. a.:

„In einer großen Zahl von Fällen erwiesen sich parteilose Arbeiter viel standhafter und revolutionärer bei der Aufstellung von roten Listen und dem täglichen Kampfe im Betrieb, als kommunistische Parteimitglieder."

„Eine ernste Schwäche zeigt sich gegenwärtig in der Organisierung des Landarbeiterstreiks. Sie besteht darin, daß unsere Ortsgruppen im allgemeinen noch nicht fähig sind, solche Streiks auszulösen und zu führen . . ."

Man vergleiche mit diesen Ausführungen die blutrünstigen Aufrufe und geschwollenen Redensarten der Kommunisten und ihr Auftreten in Versammlungen. Es bleibt immer dasselbe: Große Schnauze und nichts dahinter.

Köln a. Rh.

Durch die gänzliche Stillegung der Schuhfabrik Hary Rollmann in Zürth und Teilstillegungen in allen anderen Kölner Betrieben ist die Zahl der in der Schuhindustrie Beschäftigten auf die Hälfte gesunken. Die stillgelegte Schuhfabrik Hary Rollmann in Zürth wird jetzt unter der Firma Rollmann & Horn G. m. b. H. eröffnet. Diese Firma verlangt nun, daß zu bedeutend verschlechterten Löhnen gearbeitet wird, die tarifwidrig sind. Die Arbeiter des Betriebes lehnen jeden Abzug ab. Zuzug nach Köln und Zürth ist fernzuhalten, da hier Arbeiter und Arbeiterinnen aller Sparten überzählig vorhanden sind. Die Ortsverwaltung.

Dortmund

1. Bev. **Willy Schlechtinger** wohnt jetzt Kleine Beurhausstraße 17/II.

Literatur

„Organisiertes Kapital" von Heiner Lotze. Urania-Freidenker-Verlag G. m. b. H., Jena. Mit vielen Tabellen und Aufstellungen. Broschiert RM 1.50, in Ganzleinen RM 2.—, Vorzugsausgabe RM 2.75. — Unsere Wirtschaftsordnung hat in den letzten Jahrzehnten eine immer rascher fortschreitende Umbildung erfahren. Konzentration und Rationalisierung sind die Schlagwörter für diesen Prozeß. Immer größer wird die Zahl derer, die antikapitalistisch sind und nach einer neuen Ordnung verlangen. Wissen diese aber wirklich um die entscheidenden wirtschaftlichen Vorgänge? Kennen sie die wirtschaftliche Bedeutung der Aktiengesellschaft, der Kartelle, Konzerne und Truste? In diesem Buche wird eine ungemein anschauliche, auch dem einfachen Arbeiter verständliche Darstellung der Formen dieses organisierten Kapitalismus gegeben. Schon lange mangelte es an einer solchen Schrift. Man muß dem Verlag der „Urania" Dank zollen, daß er mit sicherem Griff gerade im rechten Augenblick diese hochaktuelle Schrift herausbringt. Die Ausstattung des Buches ist ebenfalls gut. Das Buch sollte deshalb überall besprochen, diskutiert und gelesen werden.

U-Boot-Krieg im Mittelmeer. Bis in die Neuzeit hinein ist die Geschichte des Mittelmeeres erfüllt von Freibeuterei und Konterbande. Im Weltkrieg lebte diese Vergangenheit wieder auf, als die Methoden des Blockadekrieges ins Mittelmeer verpflanzt wurden und die deutschen Unterseeboote die Handelswege von Gibraltar bis Saloniki unsicher machten. Der Roman „Amphitrite" von Vicente Blasco Ibanez, übersetzt von Otto Albrecht von Bebber, in Leinen Preis 3 RM, Verlag Büchergilde Gutenberg, Berlin, beschäftigt sich mit diesen Ereignissen, und wir lernen die Anstrengungen der deutschen Spionage, die kriegerischen Maßnahmen von hüben und drüben und die ganze Grausamkeit des modernen Krieges kennen, aber auch die leidenschaftliche Anteilnahme der lateinischen Völker und ihren Anspruch auf ihr Meer. — Das Buch ist reich an dramatischen Momenten, aber der Autor vergißt nicht, dabei die ganze Schönheit des Meeres und die alte Pracht der Landschaften rings um das Mittelmeer zu beschreiben. „Amphitrite" ist das vierte Buch der Ibanez-Reihe der Büchergilde Gutenberg. Die baldige Fortsetzung dieser Reihe steht bevor.

Franz Jung. Hausierer. Gesellschaftskritischer Roman 1931. Einband und Typographie: Jan Tschichold, München. 244 Seiten Ganzleinen. Verlag: „Der Bücherkreis G. m. b. H.", Berlin SW 61. Preis 4.80 RM. Franz Jung ist kein Neuling in der Literatur. Auch der Bücherkreis zählt ihn bereits zu seinen Autoren. Im „Vier-Männer-Buch" ist er mit der Novelle „Das Erbe" vertreten. In dem Roman „Hausierer" erzählt er flott, amüsant und spannend die Geschichte einer Zollschiebung an der oberschlesischen Grenze. Aber diese Fabel bildet nur Rahmen und Hintergrund für ein weiter gestecktes Ziel. Jung will zeigen, wie in der heutigen Gesellschaft und Wirtschaft alles zur Ware erniedrigt ist, wie die Menschen zu „Hausierern" geworden sind. Jungs neues Buch „Hausierer" ist eine wichtige Etappe auf dem Wege zu einer eigen geprägten Arbeiterdichtung und wird sicherlich eine lebhafte Diskussion entfesseln.

Kohlenpott. Ein Buch von der Ruhr. Die meisten wissen herzlich wenig von diesem industriellen Zentrum Deutschlands, dem Ruhrgebiet. Sie lesen einmal etwas von Streiks und Unruhen an der Ruhr oder eine romantische Reportage, die vom Rhythmus der Arbeit und vom Hohenlied der Technik schwatzt — und das ist alles. Das Buch „Kohlenpott" von Georg Schwarz — jetzt bei der „Büchergilde Gutenberg", Berlin, als reich illustrierter Dreimarkband erschienen — zeigt das Ruhrgebiet in seiner ganzen Größe und Bedeutung und führt kreuz und quer durch Industrie und Landschaft, durch Soziales und Geschichtliches. Eine neue seltsame Welt tut sich auf. Was diese Betrachtungen vorteilhaft von anderen unterscheidet, das ist der geschärfte Blick des Sozialisten, der die gesellschaftlichen Zusammenhänge sieht und der die wirklichen Kräfte und Mächte dieser industrialisierten Welt erkannt hat. Auf den letzten Seiten seines Buches sehen wir den klassenbewußten Arbeiter aufstehen, zwischen den Zeilen erhebt sich diese große dunkle Gestalt aus ihrer gebückten Haltung, und ihre Fäuste ballen sich in der Erwartung unausbleiblicher Kämpfe. Es wird ein Tag kommen, an dem der Ruhrprolet den Zeiger der Weltuhr auf die Stunde der Entscheidung rückt.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Vom 12. bis 18. Juli ist der 29. Beitrag fällig

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei, G. m. b. H., Nürnberg
Redaktion: Otto Trefflich, Nürnberg 4 (Abholfach). — Verlag: Zentralverband der Schuhmacher (J. Simon, Nürnberg)

Anzeigen

Das Ei des Kolumbus
für jede Schuhmacherwerkstatt ist die ges. gesch. und glänzend begutachtete
Kniehebelpresse
z. Aufkleben v. Schuh- u. Stiefelsohlen
»SCHUHFIX«
einfach, praktisch, unverwüstlich, für jede Stiefelgröße einstellbar
Preis RM. 42.—.
Verlangen Sie kostenlos Prospekte.
Vertriebsgesellschaft
»Patent Wegner« G.m.b.H., Lübeck
Tüchtige Vertreter allerorts gesucht.

In jedes Arbeiterheim gehört die sozialdemokratische Tageszeitung

Ledersohlen
kräftige Doppelsohlen von neuem Treibriemenleder,
Herren 60 Pf, Damen 40 Pf
ab v. 6 Paar an geg. Nachn.
Ed. Schirmer, Erfurt